

Juni 2011

**Landesverband
Rheinland-Pfalz**

In dieser Ausgabe:

Sitzung der Landesleitung und des Präsidiums in Ludwigshafen am Rhein

Neuer Präsident bei der CEPEJ beim Europarat gewählt

Besuch des europäischen Parlaments in Straßburg

Berichte aus den Bezirksverbänden

Das zentrale Testamentregister kommt

Termine

Impressum

Katharina Schmalenberger, 06332 805-379
Andrea Meyer, Tel.: 0651 9361-106, Fax: -300210
Bund Deutscher Rechtspfleger,
Landesverband Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle:
Manfred Georg, c/o AG Koblenz, Karmeliterstraße 14, 56068 Koblenz
Tel.: 0261 102-1004



Landesleitungs- und Präsidiumssitzung in Ludwigshafen am Rhein am 10./11.05.2011 im Schatten der Auswirkungen des Koalitionsvertrages

Am 10.05.2011 tagte die Landesleitung des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) und am 11.05.2011 das Präsidium in den Räumlichkeiten des Amtsgerichts Ludwigshafen (AG).

Im Rahmen der Sitzung der Landesleitung fand auch ein Gespräch mit dem Direktor des Amtsgerichts Ludwigshafen Ansgar Schreiner und dem Vorstand des BDR statt. Der Amtsgerichtsdirektor wies auf die großen Herausforderungen für die Ludwigshafener Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger hin, insbesondere im Hinblick auf den hohen Auslandsbezug. Als Großstadtgericht im Randbezirk von Rheinland-Pfalz und gleichzeitig als eines der größten Amtsgerichte des Landes sei der Arbeitsanfall und die Schwierigkeit der zu bearbeitenden Verfahren gerade in Register- und Grundbuchsachen nicht zu unterschätzen. Herr Schreiner lobte den Einsatz und die Fähigkeiten der Rechtspfleger und hob in dem Zusammenhang die Leistung der jungen Rechtspfleger, die oft nach bestandener Rechtspflegerprüfung ihren ersten Dienst in Ludwigshafen antreten, hervor.

INFO Juni 2011

E-Mail: rheinland-pfalz@bdr-online.de

Die zentralen Themen in Vorstand und Präsidium waren die von der Landesregierung beschlossene Strukturreform der Justiz, der im Koalitionsvertrag angekündigte Stellenabbau bei den Grundbuchämtern und die Besoldungspolitik für die Landesbeamten in den nächsten 5 Jahren. Der BDR LV Rheinland-Pfalz steht Strukturreformen in der Justiz nicht nur aufgeschlossen gegenüber: Die Rechtspfleger haben in den letzten Jahren einige grundlegende Reformen auf den Weg gebracht und in ihrer Umsetzung sehr aktiv begleitet. So wurden zuletzt alle nach Gesetzeslage möglichen richterlichen Aufgaben auf die Rechtspfleger und bisherige Aufgaben des gehobenen

Dienstes in die Serviceeinheiten übertragen.

Bei allen angestrebten und notwendigen Reformen muss jedoch für die Bürgerfreundlichkeit und den wirtschaftlichen Standortfaktor die Funktionsfähigkeit der Justiz oberste Priorität haben. Gegen einen weiteren Stellenabbau in den Grundbuchämtern hat der BDR bereits 2010 ganz entschieden gekämpft, dabei auf die Fehler im Rechnungshofbericht und auf die eklatante Unterbesetzung der Rechtspfleger in Rheinland-Pfalz hingewiesen.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit der notwendige Dialog zur fairen und sachkundigen Auseinandersetzung mit den Justizthemen zu Ergebnissen führt. Ein Gesprächsangebot des

BDR, des DRB und des BDVR hat Herr Ministerpräsident Beck bereits angekommen. Auch Herr Staatsminister Hartloff wird an diesem Gespräch teilnehmen.

Wir gratulieren an dieser Stelle zur Wahl und Ernennung und wünschen eine erfolgreiche, verantwortungsbewusste Amtszeit - für sich selbst, für die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz, aber auch für die im Dienste dieses Landes tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie müssen die Möglichkeit behalten, ihre Arbeit in sachgerechter Weise zu erbringen und darüber hinaus auch an der wirtschaftlichen Entwicklung Teil zu haben. Sie leisten einen großen Beitrag dafür!

Neuer Präsident bei der CEPEJ beim Europarat

Der Europäische Rechtspfleger als unabhängiges Organ der Rechtspfleger

Am 9. und 10. Dezember 2010 fand die Vollversammlung der Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ) bei dem Europarat unter der Leitung des Präsidenten Fausto de Santis statt. Die Europäische Union der Rechtspfleger (E.U.R.) war durch den Präsidenten Thomas Kappl, den ständigen Vertreter der E.U.R. beim Europarat Jean-Jacques Kuster und Kollegen Vivien Whyte vertreten.

Die CEPEJ wurde vom Ministerrat des Europarats im September 2002 eingesetzt.

Sie befasst sich mit dem Vorschlag konkreter Lösungen, die für die Mitgliedstaaten in der Justiz nützlich sind, wie - Verbesserung der bestehenden Rechtsinstrumente für die Organisation der Justiz, - Zugang des rechtsuchenden Bürgers zu den Gerichten, - Gewährleistung des Zugangs zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gemäß Artikel 6 der Menschenrechtskonvention. Die CEPEJ besteht aus qualifizierten Experten aus 47 Mitgliedsstaaten des Europarats, die praktische Arbeitsabläufe im Dienste des rechtsuchenden Bürgers vorschlagen.

Bei der Vollversammlung hat die CEPEJ gemäß ihrem vorgenannten Auftrag den Bericht über die europäischen Gerichtssysteme vorgestellt und verabschiedet. Thomas Kappl begrüßte in seinem Redebeitrag insbesondere die Aufnahme des Rechtspflegers als unabhängiges Organ der Rechtspflege neben dem Richter in dem Bericht der CEPEJ. Mit einer detaillierten Aufzählung der Aufgaben des Rechtspflegers, wie z.B. in Familien- und Betreuungssachen, im Nachlassrecht, im Grundbuch und Handelsregister, im nationalen und europäischen

Mahnverfahren sowie in der Vollstreckung zivil- und strafrechtlicher Entscheidungen, hat die Kommission das Berufsbild klar dargestellt. Damit ist ein wesentliches rechtspolitisches Ziel der E.U.R. auf dem Weg zur Einführung des Europäischen Rechtspfle-

gers erreicht. Der E.U.R.-Präsident würdigte die Amtszeit von Fausto de Santis und dankte ihm für sein persönliches Engagement für die Arbeit der E.U.R.. Zum neuen Präsidenten der CEPEJ wurde einstimmig der vorherige Vizepräsident John Stacey

gewählt. Stacey verfügt als Leiter für die internationale Entwicklung der Gerichtsverwaltung im englischen Justizministerium über eine große Berufserfahrung. Thomas Kappl betonte, dass aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise die Gerichtssysteme in Europa durch die Entlastung der Richter mit der Übertragung von richterlichen Aufgaben auf den Rechtspfleger gestärkt werden müssen. Die Schaffung des Europäischen Rechtspflegers ist daher unumgänglich. Die Europäische Union der Rechtspfleger wird den Europarat bitten, den Mitgliedsstaaten zu empfehlen, den Rechtspfleger als unabhängiges Organ der Rechtsprechung neben dem Richter einzuführen.

Anne Kappl



Vivien Whyte Thomas Kappl Fausto de Santis John Stacey Jean-Jacques Kuster

Und noch mal: BDR Rheinland-Pfalz goes Europe

Vierzehn rheinland-pfälzische Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, davon zwei Pensionäre sowie ein Winzer besuchten am 6. April 2011 das europäische Parlament in Straßburg. Es war für alle eine eindrucksvolle Erfahrung, denn wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen hat, kann man sich weder von der Größe des Gebäudes noch von dem Ablauf einer Parlamentssitzung eine Vorstellung machen.

Bereits zum Passieren der Sicherheitskontrollen waren wir auf die Hilfe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen eines Abgeordneten angewiesen, denn ohne

sachverständige Begleitung geht so etwas überhaupt nicht. Das Gebäude betreten darf nur, wer eine Einladung vorweisen und einen Verantwortlichen benennen kann. Uns hatte am 11.11.2010 der Europaabgeordnete, Herr Dr. Langen (CDU) für diesen Tag eingeladen. Er nahm sich auch Zeit, um uns zu begrüßen und seine Arbeit, die er bereits seit 1994 macht, vorzustellen.

Mittlerweile ist er Vorsitzender von zwei Ausschüssen und Mitglied im Vorstand der EVP, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten).

An diesem Tag begann man (Anwesenheitspflicht) von 09:00 - 11:50 Uhr mit einer gemeinsamen Aussprache zu verschiedenen Punkten wie z.B. Binnenmarktabkommen und Öffentliche Aufträge, von 12 - 13 Uhr fanden Abstimmungen über ca. 700 Anträge statt. In dieser Zeit waren wir auf der riesigen Tribüne und erlebten einen – ja Marathon kann ich nicht schreiben – dass war ein 800 Meterlauf im Rekordtempo, wunderbar nachvollziehbar mit elektronischen Ergebnistafeln, Videowänden und trotzdem auch mit Handzeichen oder Aufstehen ganzer Fraktionen. Ohne Erklärung vorher



und hinterher hätten wir diesem Prozedere kaum folgen können. Für uns endete der Tag im Parlament um ca. 13 Uhr. Die Parlamentarier hingegen tagten nach der Mittagspause noch bis 23.00 Uhr. Nach dem Pressetermin mit Herrn Dr. Langen, verbunden mit weiteren Erklärungen und nach einem ent-

spannenden Mittagessen im Restaurant des Parlaments, fuhren wir auf getrennten Wegen, mit PKW oder Zug wieder in Richtung Heimat.

Die Resonanz der Gruppe: schön war's. Für diejenigen, die am Tag zuvor wegen weiterer Anreise in Offen- burg übernachteten, gab

es in Straßburg noch sehr viel auf eigene Faust zu sehen und in Offenburg leckere regionale Küche mit einem Schalker 5:2 in Mailand zum Dessert. Ursprünglich war die Idee in Cuneo 2010 geboren worden, um unseren Anwärtern im Praxisjahr mal etwas zu bieten. Schade, dass es so nicht zustande kam, aber trotzdem war es für alle ein wertvolles Erlebnis. Schön, den langjährigen Vorsitzenden des Bezirksverbandes Kaiserslautern und Dozenten an der FHS Schwetzingen, Günter Mayer, mit seinen 77 Jahren bei bester Gesundheit mal wieder zu sehen. Und er war es u. a., der mich nach den ersten Pannen mit seinem Humor wieder aufrichtete.

Es gibt halt immer wieder auch außerhalb der Dienst- und Tagungsräume unvergessliche Menschen und Erlebnisse.

Dipl. Rechtspfleger (FH) Gerd Neuhäuser, Löff

Eine Ära ging zu Ende!

Bericht von der Sitzung des Bezirksverbandes Landau in der Pfalz am 02.05.2011

Am 02.05.2011 fand der Bezirksverbandstag des Bezirksverbandes Landau/Pf statt.

Nach mehr als 32 Jahren als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Landau beendete Hans-Joachim Bräunling seinen Vorsitz. Mit ihm verabschiedete sich auch seine Frau und Kollegin Jutta Bräunling als Schatzmeisterin von ihrem langjährigen Engagement

im Vorstand des Bezirksverbandes.
Hans-Joachim Bräunling



begrüßte zu Beginn der Sitzung 16 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirksverband Landau. Als Gäste begrüßte er die Landesvorsitzende Andrea Meyer und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Steinhauer. Als Überraschungsgäste und eigens zur Verabschiedung von Herrn Bräunling angereist waren Hansgeorg Groh, Gerd Neuhäuser und Claudia Roth-Meyer.

Hansgeorg Groh und Gerd Neuhäuser richteten als erste das Wort an Hans-Joachim Bräunling und berichteten den anwesenden Kollegen einige interessante Erlebnisse, die sich in der langen Verbandsarbeit ereignet haben. So war es zum Beispiel Hans-Joachim, der als erster ein Abendgespräch in Form eines Stammtischs eingeführt hatte, der später für andere Bezirksverbände als Vorbild dienen sollte. 32 Jahre Bezirksvorsitz und über 300 Rechtspflegerstammtische – wer soll das nachmachen?

Weiter berichteten sie von vielen Reisen zu Bundesrechtspflegertagen, die er mit organisiert hat. Er war stets ein Kollege der immer bereit war mit anzupacken. Auf ihn konnte man sich blind verlassen.

Als Highlight wurde nochmals der Rechtspflegertag 2008 angesprochen, der durch den Bezirksverband Landau ausgerichtet wurde und den er als Vorsitzender mit vielen fleißigen Kollegen durchgeführt hatte. Dieser ist uns noch heute als einer der schönsten Landesverbandstage in Erinnerung.

Danach übernahm Andrea Meyer die Sitzung. Auch sie bedankte sich bei Jochen und Jutta für das

treue, uneigennützig und zuverlässige Engagement im BDR und ernannte Hans-Joachim Bräunling auf Antrag des örtlichen Bezirksverbands und mit einstimmigem Votum zum Ehrenmitglied des Bezirksverbands Landau.

Mit bewegenden Worten nahm Hans-Joachim Bräunling die Ehrung an und bedankte sich bei allen Kollegen für die Auszeichnung. In seinen Abschiedsworten zog er eine überaus positive Bilanz seiner Zeit als Mitstreiter im BDR, erinnerte sich an viele schöne Ereignisse im Kollegenkreis und wünschte sich, nein, plädierte vehement für ein weiteres starkes Verbandsengagement aus dem Bereich Landau.

Sodann wurde die Sitzung mit der Wahl des neuen Vorstands fortgesetzt. Nach lebhaften Diskussionen über mögliche Wahlvorschläge kam die Versammlung zum Ergebnis, dass eine durch Wahl bestätigte Vorstandschaft nicht greifbar war. Die Versammlung einigte sich, dass vorübergehend ein freiwilliges Team eingesetzt wird, welches den Bezirksverband kommissarisch führt.

Im Laufe des Jahres soll dann im Rahmen eines weiteren Verbandstages

ein Vorstand vorgeschlagen und gewählt werden.

Unter Federführung von Kollege Jürgen Becker hat sich mit dem Kollegen Roland Fritz und der Kollegin Ursula Walter dankenswerterweise ein Team bereit erklärt, den Bezirksverband kommissarisch zu führen.

Unter dem Punkt Verschiedenes wurde das beim Amtsgericht Landau eingerichtete Rechtspflegerpräsidium vorgestellt und deren Aufgabe und Arbeitsweise erläutert.

Das Präsidium dient dazu, die Probleme bei der Referralsverteilung zu minimieren und die Verteilung der Geschäfte so gerecht als möglich zu regeln. In diesem Gremium sind sechs gewählte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger vertreten, die an der Entscheidungsfindung mitwirken. Eine entsprechende Dienstvereinbarung wurde mit der Behördenleitung vereinbart. Die Erfahrungen wurden als durchweg positiv geschildert.

In entspannter Runde klang der Verbandstag aus: Mit fachlichem Gedankenaustausch ebenso wie im Schwelgen in Erinnerungen.

Dipl. Rechtspfleger (FH) Thomas Steinhauer

Der BDR Rheinland-Pfalz sagt DANKE für 32 Jahre aufopferungsvolle Arbeit im Verband: Jutta & Joachim Bräunling (BV Landau)

Im Rahmen der Präsidiumssitzung am 11.05.2011 in Ludwigshafen am Rhein dankte die Landesvorsitzende

Andrea Meyer (Trier) Jutta und Hans-Joachim Bräunling für ihre Leistungen im Bund Deutscher

Rechtspfleger. Seit 32 Jahren war Hans-Joachim Bräunling Vorsitzender des Bezirksverbandes Landau

(Pfalz). Seit 1984 hat er gemeinsam mit seiner Ehefrau Jutta dort mindestens 300 Rechtspflegerstammtische organisiert. Er wurde zwischenzeitlich zum Ehrenmitglied des Bezirksverbandes Landau(Pfalz) er-

nannt. Die Eheleute Bräunling gaben bekannt, dass sie ihre aktive Vorstandsarbeit 2011 beenden werden und für eine Neuwahl nicht mehr zur Verfügung stehen.



Treffen der Pfälzer Bezirksverbände in Bad Dürkheim am 26.05.2011

Ein Bericht von Thomas Steinhauer

Am 26.05.2011 fand dieses Jahr wieder der gemeinsame Bezirksverbandstag der Bezirksverbände des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken beim Amtsgericht Bad Dürkheim statt.

Nach der herzlichen Begrüßung des Direktors des Amtsgerichts Bad Dürkheim, Herrn Bernd Schwenninger übernahm der Vorsitzende des Bezirksverbands Frankenthal Heinz-Josef Volz als gastgebender Bezirksverband die Sitzung.

Das nun schon als traditionell zu bezeichnende Treffen - es findet seit 2005 jährlich statt - wurde auch dieses Jahr wieder von weit über 30 Teilnehmern besucht.

Besonders erfreut zeigten sich die Teilnehmer über die Anwesenheit des Ehrenvorsitzenden Hansgeorg Groh sowie Ingrid Fett in Vertretung für die Landesvorsitzende Andrea Meyer. Absagen musste leider der Personalreferent des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken und langjährige stellvertretende Landesvorsitzende Volker Doll.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde Frau Kollegin Rosemarie Mehrle verab-

schiedet. Sie tritt im Juni 2011 in ihren wohlverdienten Ruhestand ein.

An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für das stetige Engagement zum Wohle des Verbandes. Wir wünschen ihr viel Glück und Gesundheit.

Im Anschluss berichtete ich über die vielfältigen Aktivitäten der Landesleitung, insbesondere im aktuellen Bezug zum Koalitionsvertrag.

Da die Justiz und gerade die Rechtspfleger in den letzten Jahren einiges zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben, hofft der Landesvorstand gute Argumente in den bevorstehenden Gesprächen ins Feld führen zu können.

Breiten Raum in der anschließend sehr lebhaft geführten Diskussion nahm der in der Koalitionsvereinbarung angesprochene Abbau von 55 Stellen im Bereich der Grundbuchämter ein. Bedauert wurde insbesondere, dass der zugrunde liegende Rechnungshofbericht offensichtlich nicht hinterfragt wird; er basiert in Teilen auf fehlerhaften Erhebungszahlen und hat weitere Mängel; eine justizielle Arbeitsgruppe

ist eingesetzt, ein Vergleichsring gebildet, viele Folgerungen des Rechnungshofes widerlegt.

Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger haben immer schon Reformen angestoßen, aktiv begleitet und stehen Veränderungen offen gegenüber.

Es ist aber niemandem vermittelbar, dass man Stelleneinsparungen auf nachweislich fehlerhafte Grundlagen stützt.

Abzuwarten bleibe – so die allgemeine Meinung -, wie sich die zu befürchtende Verlängerung der Bearbeitungszeiten in Grundbuchsachen auf die Gesamtwirtschaft auswirke. Es sei davon auszugehen, dass Investoren und Notare diese „künstliche“ Verzögerung nicht widerstandslos hinnehmen werden.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass Stellenstreichungen im Grundbuch nach außen sichtbar machen werden, dass der propagierte Minderbedarf tatsächlich so nicht vorhanden ist.

Schon jetzt ist die hohe Arbeitsleistung im Rechtspflegerbereich nur durch nicht unerhebliche Mehrarbeit erreichbar gewesen. Insgesamt wurde kritisiert,

dass diese Anstrengungen – auch im Kontext der Übernahme von weiteren Zuständigkeiten wie der gewillkürten Erbfolge und des Handelsregisters B - nicht nur nicht gewürdigt werden, im Gegenteil, diesen Leistungen sogar mit Überbedarfsvorhaltungen begegnet wird. Die Teilnehmer äußerten sich entsprechend verständnislos und entsetzt; sie erwarten und setzen die Hoffnung

auf einen fairen, offenen und konstruktiven Dialog unter Würdigung der Gesamtsituation. Insoweit konnte ich mitteilen, dass der BDR einen Gesprächstermin bei Herrn Ministerpräsident Kurt Beck und Herrn Staatsminister der Justiz und für Verbraucherschutz Jochen Hartloff haben wird.

Mit einem gemütlichen Beisammensein in einer netten

Straußwirtschaft – bei der auch alte Erinnerungen aufgefrischt wurden - klang das diesjährige Treffen aus. Diese „Traditionsveranstaltung“ soll nach dem Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch in den kommenden Jahren stattfinden.

Dipl. Rechtspfleger (FH) Thomas Steinhauer

Der Bürgermeistersteller

oder was es außer Dienst noch so gibt.

Bericht vom Abendgespräch des Bezirksverbands Koblenz in Alken am 19.5.2011



Nun, viele waren nicht da. Es sind halt oft die Gleichen, die sich engagieren. Diesmal hatten wir auch einen Richter dabei! Aber es war eindrucksvoll, nett und sehr interessant, denn wir konnten Alken durch eine Führung vom Ortsbürgermeister erleben. Alken ist ein alter und schöner Moselort, an und für sich der erste auf der B 49, wenn man von Koblenz kommt. Alken hat unter anderem eine sensationelle Burg, alte Wehrtürme, Stadtmau-

ern, frühere Schulen und Winzerhäuser zu bieten. Es war eindrucksvoll, was uns Kollege Hans-Walter Escher erzählen konnte. Und wer ihn kennt weiß, dass es auch richtig lustig war.

Es waren Kolleginnen und Kollegen mit, die auch vor kurzem in Straßburg waren. Auch sie waren alle beeindruckt von diesem Kleinod, das es in Alken gibt. Die „St. Michaelskapelle“ mit Fresken aus dem 12.- 13. Jahrhundert. Eine Bruder-

schaft überwacht und pflegt das ganze und ein netter Führer erklärte uns alles.

In der Kapelle steht auch ein Modell von Alken im Maßstab 1:72, das den Ort aus dem Jahre 1350 zeigt.

Jetzt kommen wir zur Rechtspflege.

Die Befestigung des Ortes und seine Lage diente der Erhebung von Zoll durch die diversen Landesherren. Die Staatsmacht. Und die kann vieles, wir sehen es an der Entscheidung der neuen Koalition.

Ein Verein bewahrt in Alken die Tradition an diese Geschichten.

Nun gut, nach dem erfrischenden Gewitterregen haben wir dann richtig guten gedanklichen Austausch geführt. Gerade im Hinblick auf die Entscheidungen der neuen Regierungskoalition. Und im Gasthaus „Schnee“ gab es auch einen Bürgermeistersteller – danke an Kollegen Escher.

Dipl. Rechtspfleger (FH) Gerd Neuhäuser, Löff

Das Zentrale Testamentsregister kommt

Der Bundestag hat am 02.12.2010 die Einrichtung eines Zentralen Testamentsregisters zum 01.01.2012 beschlossen (BT Drs. 17/4063 und 17/2583).

Es tritt an die Stelle der bisherigen papiergebundenen Testamentsverzeichnisse der Standesämter und der Hauptkartei für Testamente beim Amtsgericht Schöneberg in Berlin. Es wird als elektronisches Register geführt.

Zukünftig werden die Gerichte und die Notare dem Zentralen Testamentsregister elektronisch übermitteln, dass eine erbfolgerrelevante Urkunde in Verwahrung genommen wurde. Dort werden diese Informationen zentral registriert und elektronisch gespeichert.

Registrierfähig sind nur erbfolgerrelevante Urkunden, wenn sie öffentlich beurkundet oder in amtliche Verwahrung genommen worden sind. Nicht aufgenommen werden privatschriftliche Testamente, die nicht in amtliche Verwahrung gegeben, sondern zu Hause, im Safe oder an einem anderen Ort aufbewahrt werden.

Verwahrangaben sind nur solche Angaben, die zum Auffinden erbfolgerrelevanter

Urkunden erforderlich sind.

Erbfolgerelevante Urkunden sind neben den Testamenten und Erbverträgen auch alle Urkunden mit Erklärungen, welche die Erbfolge beeinflussen können, insbesondere Aufhebungsverträge, Rücktritts- und Anfechtungserklärungen, Erb- und Zuwendungsverzichtsverträge, Ehe- und Lebenspartnerschaftsverträge und Rechtswahlen. Sollte es sich bei einem gerichtlichen Vergleich ebenfalls um eine erbfolgerrelevante Urkunde in diesem Sinne handeln, muss auch das Gericht unverzüglich die Verwahrangaben an das Zentrale Testamentsregister übermitteln. Die Testierende bzw. der Testierende teilt dem Gericht die zur Registrierung erforderlichen Daten mit.

Bisher benachrichtigte bei Eintritt des Sterbefalls das Standesamt des Sterbeortes das Standesamt des Geburtsortes, welches bislang das Testamentsverzeichnis führte. Das Standesamt des Geburtsortes prüfte das Vorhandensein einer Verfügung von Todes wegen und informierte das verwahrende Gericht oder den verwahrenden Notar. Danach wurde von dieser Stelle das Nachlassgericht erst eingebunden.

Ab 2012 benachrichtigt das Standesamt des Sterbeortes das Zentrale Testamentsregister. Dort wird zunächst automatisiert geprüft, ob die Erblasserin bzw. der Erblasser eine Verfügungen von Todes wegen in Verwahrung gegeben hat. Im Falle einer Verwahrung informiert das Zentrale Testamentsregister elektronisch sowohl das Amtsgericht bzw. den Notar, das bzw. der die Urkunde verwahrt, als auch das Nachlassgericht über die Existenz einer erbfolgerrelevanten Urkunde.

Das veraltete Karteikartensystem und die veralteten Meldewege gehören somit der Vergangenheit an. Die gerichtlichen Nachlassverfahren können beschleunigt bearbeitet werden, da kurzfristig die benötigten Informationen einlaufen.

Die Altbestände sollen innerhalb von fünf Jahren in das Zentrale Testamentsregister eingepflegt werden, sodass 2016 ein vollwertiges Zentrales Testamentsregister existiert.

Die Registrierungstätigkeit sowie die Erteilung von Auskünften durch das ZTR sind gebührenpflichtig.

Dipl. Rechtspflegerin (FH) Ingrid Fett

**Wir gratulieren den Mitgliedern des BDR ganz herzlich
zur Beförderung am 18. Mai 2011**

Justizoberinspektor/in:

Stefanie Balaci,
Susanne Boes,
Sabrina Faßian,
Nathalie Fett,
Jella Fiebach,
Rita Germann,
Anne Glaßer,
Sebastian Herz,
Michael Jung und
Melanie Mühlhan.

Claudia Johann,
Sandra Kaiser,
Petra Kaiser,
Andrea Keip,
Sabine Kirstein,
Michael Kreutz,
Sabine Mohr-Retterath,
Andrea Müller,
Bernd Noll,
Susanne Saak,
Markus Schönemann,
Monika Schwalb-Werle,
Andreas Sesterhenn,
Peter Staab und
Manuela Wintgen.

Justizamtsrätin/
Justizamtsrat

Marc Dönges,
Lutz Godau,
Annerose Grawemeyer,
Sigrid Hausen,
Ellen Heth,
Silvia Kranz,
Sandra Marhöfer,
Irene Roller,
Karin Schneider und
Johannes Thieltges.

Justizamfrau/
Justizamtmann

Frank Bachmeier,
Edgar Brauns,
Bernd Breul,
Sigrid Flick,
Martina Frohs,
Hans-Georg Hajok,
Melanie Heck,
Anette Höning,

Justizoberamtsrätin/
Justizoberamtsrat:

Monika Eppler,
Alfred Lobüscher,
Marco Lüttger,
Ulrich Meyer und
Manfred Schmitt.

**Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren
zum (halb-) runden Geburtstag!**

Friedrich Leistner,
Rosemarie Mehrle,
Manfred Reis,
Hans-Gerhard Bischoff,
Werner Starszynski,
Walter Theis,

Hans Flemmer,
Karl-Josef Geisen,
Siegfried Krämer,
Fritz Moog,
Robert Maschmann und
Albert Werle.




!!! Wichtige Termine zum Vormerken !!!

☞ Bezirksverbandstag des Bezirksverbandes Bad Kreuznach am 17.08.2011

☞ Grillabend des Bezirksverbandes Koblenz am 11.08.2011

☞ Bänkertagung vom 07.09. bis 09.09.2011 in Trier
(Anfragen an Kollege Wichter in Idar-Oberstein)

☞ Seminar der dbb-Frauenvertretung in Mainz, Erbacher Hof am 20.10.2011
Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ausschreibung erfolgt noch

☞ Tagung in Bad Boll vom 16.11. bis 18.11.2011 
Auch in diesem Jahr findet wieder die Tagung des Bundes Deutscher Rechtspfleger und der ev. Akademie Bad Boll statt. Näheres zum Programm finden Sie demnächst auf der Homepage des BDR-Bund unter www.bdr-online.de.

☞ Bundesrechtspflegertag in Essen vom 17.09. bis 22.09.2012
Auch für den nächsten Rechtspflegertag auf Bundesebene werden wir Ihnen wieder eine organisierte Fahrt zur Teilnahme anbieten.

☞ Landesrechtspflegertag am 24.04.2013 in Koblenz

☞ Junge Kolleginnen und Kollegen aufgepasst:
Für die Teilnahme an kostenpflichtigen Seminaren des dbb kann die dbb-Jugend auf Antrag Voucher zur Verfügung stellen, welche eine kostenfreie Teilnahme an bestimmten Seminaren ermöglichen. Die Anzahl der Voucher ist begrenzt! Bei Interesse meldet Euch bitte bei unserer Jugend- und Anwärterbeauftragten Evelyn Braun (Evelyn.Braun@mjv.rlp.de).

Die Landesleitung wünscht Ihnen und Ihrer Familie schöne Ferien!

Andrea Meyer Manfred Georg

Ingrid Fett Thomas Steinhauer

Jella Fiebach Melanie Mühlhan

Evelyn Braun

